

Entscheidung des Regierungsentwurfes an, nach welcher für künftige Gemeindevahlen das Alter für das aktive Wahlrecht auf 25 Jahre und für das passive Wahlrecht auf 35 Jahre heraufgesetzt werden soll. Da diese neue Bestimmung eine Verfassungsänderung bedeutet, so ist zu ihrer Annahme im Plenum eine Zweidrittelmehrheit notwendig, die jedoch noch nicht gefehlt ist. Der Fraktionsvorsitzende der Badrischen Volkspartei erklärte im Aufschluß, daß seine Fraktion im Falle der Ablehnung dieser Bestimmung im Plenum für die Erhöhung des aktiven Wahlalters auf 21 Jahre stimmen werde.

Von unserer Berliner Redaktion.
♥ Berlin, 24. März. (Drathb.)

Die von den Vertretern der Regierungskoalition geführten Verhandlungen über das Arbeitslosenversicherungsgesetz sind nunmehr endgültig zum Abschluss gelangt. Man darf ohne Überdreibung erwarten, daß wir am Ende eines wahren Leidensweges stehen, der mit viel ärgerlichen Ausweichbewegungen

...den, der mit der arglistigen Auseinanderbetreffungen
...klaffert worden ist. Die Camwiegertischen waren so groß
...selbst energische Naturen nahe daran waren, den
...finfen zu lassen. Doch immer wieder brach sich
...starke Wille einzelner Männer durch. In dieser
...ziehung muß mit befonderem Lob der Person des
...geordneten Dr. Stegerwald Erwähnung geto
...werden; denn er war es in der Hauptsache, der die Dinge
...immer wieder vorwärts trieb, so daß jetzt endlich ein
...schmebare Form fertiggestellt werden konnte. Die
...intrumsfiration des Reichstages sprach denn auch am
...onnerstag abend Stegerwald ihren Dank für seine
...nen Bemühungen aus.

Alle parlamentarischen Vorlagen, die lange Zeit hindurch die Öffentlichkeit beschäftigt, bringen viel bitteren und mit sich. So erging es auch dem Entwurf des Arbeitszeitnotgesetzes. Im November des vergangenen Jahres wurde die Sache akut. Zunächst fanden Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften aller Richtungen und der Reichsregierung statt. Man einigte sich auf

den Gegebenheiten mit der Aufgabe, daß er auch bei einem sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vorgelegt werden könnte, weil zu jener Zeit das Reichskabinett sich hauptsächlich auf der linken Seite die Mehrheiten suchen mußte. Es war ein offenes Geheimnis, daß bei den kommenden Koalitionsverhandlungen das Arbeitszeiteinotgesetz zum Gegenstand der Debatte gemacht werden müsse.

Im Dezember kam nun die Regierungsfriste. Es ent-
stand ein leerer Zwiſchenraum. Das Arbeitsministerium
klärte damals, daß es die Schlichter zusammenberufen
wolle, um mit ihnen zu überlegen, ob eine organiſche
Epoſſung der Arbeitszeit an den Entwurf des Ar-
beitschutzgeſetzes, das die Regierung dem Reichswirt-
ſchaftsrat vorgelegt hatte, erſolgen könne. Nach einer

Die Regierungskräfte hindernd in den Weg. Inzwischen wurden viele Tarifverträge verlängert. Als nun eine neue Regierung gebildet war, sagte sich das Reichsminne, daß auf der Basis vom Dezember des vergangenen Jahres nicht ohne weiteres weiter verhandelt werden könne. Das Reichsarbeitsministerium legte

ne neuen Gesegentwurf dem Kabinett vorzulegen. Das Kabinett glaube, daß sich mit der schwierigen Lage zunächst ein interfraktioneller Ausschuß befassen solle, um den neuen Markt belastet werden. Und die Frage ist noch ganzlich ungeklärt, woher dieses Geld

genommen werden soll. Hinzu kommt, daß die erste Kritik an dem Staatskompromiß nicht um Feststellung herumkommen dürfte, daß es nicht nur Gefühl der Ungewißheit verursacht, ob alle schon berücksichtigten Ausgaben ihre Dedung finden werden, sondern auch den Verbleib eines Defizits als ziemlich erscheinen läßt.

Bedenken gegen den in Vorschlag gedachten Etats-
gleich sind hier bereits gestern geäußert worden,
die stärkere bringt eine Berliner Korrespondenz der
„Allgemeinen Zeitung“ zum Ausdruck. Publizistische
Macht ist es, darauf aufmerksam zu machen.
Das Blatt weist darauf hin, daß nach dem Hau-

geheißt die Ueberschüsse im ordentlichen Haushalt zur Deduktion des außerordentlichen Haushalts desselben Jahres verwandt werden sollen, aber der außerordentliche Haushalt des Rechnungsjahres 1926 in Höhe von 900 Millionen Mark zur Hälfte ungedeckt 450 Millionen Mark würden durch den Ertrag der

Deckung des Restes in etwa der gleichen Höhe werden lediglich die 400 Millionen Mark Reichsschatkassenscheine zur Verfügung, deren Begebung von den gesetzlichen Stellen im Reiche bewilligt ist, die aber vom Reichsfinanzministerium noch nicht begeben sind. Das Reichsministerium hat aber auch alle Deckungsmöglichkeiten für

haben aber auch die Vermögensmöglichkeiten für etwa 500 Millionen Mark betragen. Fehlbetrag im außerordentlichen Haushalt 1927 erschöpft, zumal an die Aufnahme der neuen Reichsanleihe in absehbarer Zeit nicht zu denken sein dürfte. Auf Grund dieser Erwägungen, und auch noch Bedenken gegen die Heranziehung des Fiskalmittelsfonds für bestimmte Zwecke, ist

Lebensmittelfonds für ordentliche Ausgaben folgen, mit der „Köln. Ztg.“ zu folgender Feststellung:

„Kein Herumdrehen kann die Tatsache verhillen, daß neben dem ungedeckten außerordentlichen Haushalt des Jahres 1926 in Höhe von rund 450 Millionen Mark ein Fehlbetrag im ordentlichen Haushalt 1927 in Höhe von mindestens 200 Millionen Mark und im außerordentlichen Haushalt 1927 einen solchen von 500 Millionen Mark aufweist.“

Der Reichsarbeitsminister konnte nun natürlich dem Reichsrat keinen anderen Entwurf vorlegen, als den in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen. Es gab heftige Auseinandersetzungen unter den

Gesehen von einigen Ausnahmen soll jetzt für alle Arbeitszeit über 48 Stunden in der Woche ein Zuschlag bezahlt werden. Man einigte sich schließlich auf 25 Proz. des Stundenlohnes. In Streitfällen entscheidet der Schlichter. Der starre

Zugelassen, so gelten die Vorschriften über eine höhere Vergütung der Nebestunden von Ablauf des Tarifvertrages oder der behördlichen Genehmigung ab, spätestens jedoch vom 1. Juli 1927 ab. Der zweite Hauptstreitpunkt betrifft die Saisonarbeit. Hierbei sind bei den Saisonarbeitern die Bestimmungen des Tarifvertrages über die Saisonarbeit zu berücksichtigen.

Nunmehr haben alle zur Regierungskoalition gehö-
rigen Fraktionen den Vereinbarungen ihre Zustimmung
erteilt, am Donnerstagabend auch die Zentrumsfra-
ktion. Einzelragen, z. B. die Arbeitszeit im Bergbau, die
Beschäftigung der Jugendlichen usw. werden erst im
kündigsten Arbeitsausschuß geregelt werden können.

Gewerkschaftsvertreter beim Reichsarbeitsminister.

■ Berlin, 24. März. Die „Vossische Zeitung“ veröffentlicht ein Schreiben des Preussischen Ministerpräsidenten Braun an den Reichskanzler Marx, in dem es u. a. heißt:

ten. Da es ferner der Preussischen Staatsregierung im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung und zur Vermeidung außen- und innenpolitischer Verwicklungen unbedingt geboten erscheint, auch weiterhin eine rechtliche Handhabe dafür zu besitzen, daß die Mächte der ehemaligen Kaiser's nach Deutschland

eine unangelegene Mitteilung der Stellungnahme der Reichsregierung zur Frage dieser Verlängerung des Republikschuldgesetzes besonders deshalb, weil sich die Preussische Staatsregierung gegebenenfalls schon jetzt darüber schlüssig werden müßte, welche Maßnahmen sie für den Fall treffen müßte, daß das Republikschuldgesetz aufgehoben werden sollte, ohne daß ent-

Standallzonen im sächsischen

Hochverrat, verfolgten kommunistischen Abgeordneten, Ewert gegen die Stimmen der Linksozialisten und Kommunisten für ungültig erklärt hatte, erhob sich aus deren Reihen ein Sturm der Entrüstung. Bei der darauf folgenden Wahl für die Gemeindesteuer teilte der kommunistische Abgeordnete Renner mit, daß der altsozialistische Abgeordnete, W.

Abgeordneten Ewari eintreten. Von allen Bänden der Bitten erschollen lebhaft erregte Zwischenrufe wie „Korruption“, „Lumperei“. Auch Tribünenbesucher beteiligten sich daran. Als Abgeordneter Bethse sich nach der Medertribüne begibt, erfährt ein Kommunist im heim Rodfragen, er wird aber von anderen Abgeordneten zurückgehalten.

Nach der Wiedereröffnung der Sitzung erhält der Abgeordnete Blicher (D. Wp.) das Wort, wird aber von den Kommunisten und Linkssozialisten niedergeschrien. Präsident Schwarz erklärt, er werde unter allen Umständen die Ordnung im Hause aufrecht erhalten.

Die Mehrheit der Abgeordneten der Linken stimmten ebenfalls auf Vertheil zu, saßen ihm an und bedrohen ihn, bis er endlich von mehreren bürgerlichen Abgeordneten befreit wird.

Der Präsident unterbricht wiederum die Sitzung und ordnet die Räumung der Tribüne an. Viele Tribünenbesucher klappten von den Socialisten mit Ausruf

Der polnische Sejm plötzlich geschlossen.

:: Berlin, 24. März. (Eig. Drahtb.)

Der Verfassungsausschuß des bairischen Landtages, der zur Zeit mit der Beratung der neuen Gemeinordnung für Bayern beschäftigt ist, nahm, wie eine Meldung aus München besagt, nach längerer Debatte die Be-

Warschau, 24. März. Heute abend um 6 Uhr feierte Pilsudski dem Sejmpräsidenten Dataj mit, die Regierung habe beschlossen, den Sejm zu schließen, da die gegenwärtige Sitzung...

als Budgeteffession gedacht gewesen sei. Vilsdtsch stellte dem Sejmpräsidenten den Tag der Durchführung des Regierungsbefchlusses anheim, jedoch befristete er ihn bis spätestens Dienstag nächster Woche. Vilsdtsch versprach, in der zweiten Hälfte des April den Sejm wieder einzuberufen. Die im Sejmgebäude weilenden Abgeordneten waren über den Regierungsbeschluss geradezu befürtzt. Man entschloß sich, den Dienstag zur Schließung des Sejm zu wählen.

Verkehrsfragen.

Deutscher Reichstag.

Die zweite Lesung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums wird fortgesetzt.
Abg. Dr. Quast (Dm.) erläutert den Ausfuhrbericht. Die Ausgaben für Kanalbauten sollen vermindert werden, weil die Anleihenwirtschaft des Reiches noch nicht ganz geklärt ist und zwar soll u. a. gestrichen werden der Ausbau der Weier von Hannover-Münden bis Minden (125 000 Mark) und von Minden bis Bremen (8 Millionen Mark). Herabgesetzt sollen werden die Ausgaben für den Vorpeltanal von 20,2 auf 17 Millionen für das Staubecken Ottmachau von 8 auf 6 Millionen.

Preussischer Staatssekretär Bethmann gibt im Namen der am Mittelkanal interessierten Länder Preußen, Sachsen, Braunschweig und Anhalt die Erklärung ab, das Reich habe sich durch Staatsvertrag verpflichtet, den Mittelkanal einschließlich des Südlängels zu bauen. Diese Verpflichtung sei die Voraussetzung für die Ueberlassung der Wasserstrassen an das Reich gewesen. In der Streichung des Südlängels und der für den Wasserbedarf des Mittelkanals notwendigen Wasseranlieferung liege eine schwere Gefährdung des Mittelkanals. Gegen den Vorstoß des Reiches gegen den Staatsvertrag erheben die vier Länder energische Einsprüche.

Abg. Schumann-Frankfurt (Soz.) tritt in erster Linie für den Ausbau des Eisenbahnetzes und nicht der Wasserstrassen ein.

Abg. Dr. Lejeune-Jung (Dm.) erklärt, die Streichungen des Ausfuhrberichts seien nicht auf Kanalverbindungen zurückzuführen, sondern auf finanzielle Rücksichten. Für den Mittelkanal seien übrigens 8 Mill. mehr beigemessen als im Vorjahr. Dabei sei das Problem dieses Kanals noch garnicht geklärt. Der deutsche Osten habe bei den Verhandlungen über den Mittelkanal die feierliche Zusage Preußens erhalten, daß zugleich eine leistungsfähige Wasserstrasse von Breslau bis Berlin und Tietzin auf Staatskosten bereitgestellt wird. Der Redner fordert dringend die Schaffung eines großen einheitlichen Verkehrsplans für den Osten.

Abg. Wiesbiers (Z.) verteidigt auf die Denkschrift der Reichsbahn-Gesellschaft zu den Kanalbauprojekten. Es sei anzuerkennen, daß der Güterverkehr auf der Eisenbahn sehr vervollkommen worden ist, aber das reiche doch kaum hin, um zu der Entscheidung zu kommen, daß nunmehr keine Kanäle mehr gebaut werden sollen. Hinsichtlich der Reichsbahn müsse dahin gestrichelt werden, daß die Reichsbahn zur Reichsregierung in ein ähnliches Verhältnis kommt wie die Reichspost. Die Reichsbahnverteilung an den Kraftverkehrs-Gesellschaften solle allmählich abgebaut werden. Die Wegevorschriften und Fahrpläne müssen vereinheitlicht werden.

Abg. Dr. Gildemeister (D. Wp.) meint, das Verkehrsministerium müsse in einem gewissen Maße Propaganda spielen und die mutmaßliche technische Fortentwicklung vorausdenken. Für den Wasserstraßenbau müsse die Wasserstraßenbehörden des Reiches maßgebend sein. Aber die Streichung der Mittel für die Schiffarmachung der Weier sei unverständlich, zumal dieses Projekt schon geklärt sei.

Abg. Dr. Wieland (D.) weist auf die leeren Kassen der Abgeordneten hin und regt an, man möge doch die Reden tiefer gedruckt in Protokoll geben. (Lach.) In England geschieht das schon! Der Redner fragt nach der längst versprochenen Denkschrift über die Bildung eines Ministeriums für Technik. Die Kraftfahrzeugsteuer sei ungerecht und hindere den Konstruktoren, die Wagen zu verbessern. Eine Betriebssteuer und Reisesteuer sei gerechter und bringe mehr ein.

Abg. Molath (Wirtsch. Wp.) verlangt, daß bei der Abänderung der Kraftfahrzeugsteuer auch die Eingaben der großen Organisationen der Gewerbebetreibenden eine sorgfältige Beachtung erfahren. Der Redner kritisiert ferner die Tarifpolitik der Reichsbahn, die zum Beispiel im Hauptverkehr die Güter aus dem Kraftverkehr abdränge.

Abg. Dauer (W. Wp.) weist auf den traurigen Zustand der Landstraßen hin, besonders in Bayern. Der Redner verurteilt dann die Personalpolitik der Reichsbahn-Gesellschaft.

Um 7.30 Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr vertagt.

Grzejski und Sebering gegen die Deutschnationalen.

Preussischer Landtag.

Berlin, 24. März.

Das Haus verabschiedet zunächst ohne Aussprache den Entwurf, der das Verhältniß zwischen dem Reich und den Provinzen festlegt. Der Entwurf ist dem Reichstag am 20. September 1927 vorgelegt worden und hat vom Reichstag, dem Reichsrat und dem Reichsausschuß empfindlichen Einflüssen erfahren, wonach das Staatsministerium noch im Laufe des Rechnungsjahres 1927 ein neues Verfassungsentwurf vorlegen soll, das die Unklarheiten des bestehenden Verfassungsentwurfes ausgleicht und spätestens am ersten April 1928 in Kraft treten soll.

Das Haus setzt die allgemeine Aussprache zum Innenministerium fort. Das Wort erhält

Minister des Innern Grzejski. Er zunächst zu den von ihm am gestrigen Tage gemachten Vorschlägen zu erklären, er werde sich nicht abhalten lassen, das zu tun, was er für richtig hält. Der Minister ruft dann fort: Ich war nach den Versicherungen der Reichsregierung auf meine Personalpolitik eigentlich auf etwas anderes gefaßt. Es ist nicht meine Schuld, wenn im Staatsgerichtshof eine

Ausscheidung in Sachen Graf und Genossen noch nicht erfolgt ist. Ich bedauere das. Der Umstand aber, daß das Verlangen in der Länge der Zeit noch nicht eingeleitet worden ist, ist doch bestimmt dem Staatsminister nicht zuzurechnen. Ich kann nur immer wieder sagen, in jeder Situation würde ich immer wieder so handeln, wie damals gehandelt worden ist. Inzwischen sind Sie, meine Herren von rechts, ja nun auch wieder Regierungspartei geworden. Preußen, an dem Ihnen ja naturgemäß viel mehr liegt und liegen muß, ist Ihnen bereits noch verschlossen. Die preussische Regierung arbeitet mit dieser Reichsregierung besser genau so einträglich zusammen wie mit jeder früheren. Das liegt zum Teil daran, daß auch die neuen Herren im Reich wissen, daß nur mit Wasser gekocht wird und dann, daß jeder sich im Rahmen seiner Zuständigkeit hält. Und so wird es auch bleiben. Preußen macht mit seinen parlamentarischen Körperschaften seine Gesetze, führt die Reichsgesetze aus und trägt seine Verantwortung und die Personalpolitik im Sinne der bestehenden Regierungskoalition. Über haben Sie gesagt, daß nach dem Sie im Reich in der Regierung seien, die deutschnationalen Parteien politisch machen würde? Es geht hier für die ganze Nation in Preußen, daß der politische Einfluß der bisherigen Regierungsparteien, alles ruhig seinen Gang

Eine albanische Untersuchungskommission.

Beteiligt sich Deutschland?

Der jugoslawische Minister des Äußern hat bekanntlich den Vorschlag gemacht, die angeblichen kriegsgerichtlichen Vorbereitungen seiner Regierung gegen Albanien durch militärische Sachverständige untersuchen zu lassen, und er hat hierzu Vertreter Deutschlands, Großbritanniens und Frankreichs vorgeschlagen. Nach den Mitteilungen des Londoner Berichterstatters des „Echo de Paris“ besteht die englische Regierung darauf, daß Deutschland teilnehme, obwohl der Verfaller Vertrag sich gegen die Ernennung deutscher Militärattachés im Ausland ausspricht. In London werde die französische Auslegung des Artikels 179 als überholt bezeichnet und erklärt, daß es sich nicht um eine Kommission von Militärattachés im eigentlichen Sinne des Wortes handeln solle, sondern um eine Kommission von zu ernennenden Militärsachverständigen, der sich auch Offiziere neutraler Staaten, zum Beispiel Standartenführer, anschließen sollten.

An Berliner zühändiger Stelle ist von einer Teilnahme deutscher Offiziere nichts bekannt. Bis jetzt ist man von keiner Seite an die Reichsregierung mit irgendeinem diesbezüglichen Vorschlag herangetreten. Die Reichsregierung kann natürlich erst Stellung nehmen, wenn irgendwelche Vorschläge vorliegen und wenn deren Form feststeht. Wie weiter verfährt wird, ist von deutscher Seite zur Lösung des Konfliktes auch bis heute noch keinerlei Initiative oder Demarche getätigt worden. Deutschland wird sich an der Lösung des Konfliktes nicht beteiligen, solange es nicht von interessierter Seite dazu aufgefordert wird. Die französische Auffassung, daß nach Artikel 179 des Verfaller Vertrages die Teilnahme Deutschlands an der Untersuchungskommission nicht zulässig sei, hat allerdings in diplomatischen Kreisen Berlins Aufsehen erregt. Nach deutscher Auffassung steht Artikel 179 des Verfaller Vertrages deutlich nur das Verbot der Beglaubigung von deutschen Militärattachés in anderen Ländern vor. Mit einer internationalen Untersuchungskommission hat aber dieser Artikel nichts zu tun, sonst dürfte ja Deutschland auch nicht an

weiter in der Richtung der Festigung der deutschen republikanischen Staatsform im Interesse der Wiederaufrichtung eines freien Staates zum Zweck des ganzen Reiches und das Wort hat in seiner Mehrheit nur einmal die Ueberzeugung gewonnen, daß die Gewähr zur inneren Ruhe und Ordnung bereit und damit die Voraussetzung auch für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands ist. Herr von Sebering fordert die Reichsregierung aus direkt zum Verfassungsbau auf und das steht über Vergewaltigung durch die anderen. Herr Abgeordneter Baeder hat dann erneut die Frage gestellt, ob die Schutzpolizei ausgebildet werde, um event. auch gegen die Reichswehr verwendet zu werden. Herr Baeder hat zwar von meinem Namen „Rein“ auf seine Frage im Hauptauschuß Kenntnis genommen. Er hat es jedoch nicht unterlassen können, mir ein Ja zu unterstellen. Herr Abgeordneter Baeder, ich glaube, das ist das Gegenteil von loyal. Die preussische Schutzpolizei wird sich nie für andere Zwecke mißbrauchen lassen. Ich habe auch keinen Anlaß anzunehmen, daß die Reichswehr sich gegen die Republik gebrauchen lassen wird. Auf die Frage wegen des

früheren Landrats von Reubell ist das preussische Staatsministerium nicht geneigt, weiter einzugehen, zumal es bei dem engen Einvernehmen zwischen der Reichs- und Staatsregierung jedes Vorwurfs gegenüber der Reichsregierung vermeiden möchte. Ich muß die Unterstellung mit Entschiedenheit zurückweisen, daß in Preußen lediglich das Parteibuch bei der Vornamensgebung entscheidet. (Gelächter rechts.) Mir ist ein charaktervoller richtiger Beamter lieber, als einer der aus Fehlbildungen der preussischen Ueberzeugung hervorgeht. Ich sehr in erster Linie auf die Loyalität des Beamten. Der Beamte soll im übrigen denken, was er will. Ich muß aber von ihm verlangen, daß er in seinem öffentlichen Auftreten den Satz und die Zurückhaltung an den Tag legt, die von ihm als Beamten seit altersher verlangt worden ist. Ebenso wie bei den Offizieren der Schutzpolizei muß bei den politischen Beamten der Eideschwur die Einstellung des Beamten zum Ausdruck kommen. In meinem Ministerium arbeitet man recht eifrig an

Vorschlägen, wie dem Osten geholfen werden kann.
Im übrigen gedenke ich, Anfang April nach Niederösterreich, Ende April nach der Grenzmark und im Mai nach Ostpreußen zu fahren. Der Saal und seine Einrichtungen stehen fest. Schließlich haben ja auch die Kreise der Wirtschaft eingesehen, daß es sich in der Republik ganz gut verbinden läßt und nach dem die Deutschnationalen im Reich die Verfassung beschworen haben und ihren Schwur halten werden, haben sie es erst mit ihren Schwüren zu tun, um ihnen ihr Tun plausibel zu machen, hat man was anderes, als den Umstand zu denken. Ich gehe zu meinem Bedauern in diesem Landtage noch weniger eine Mehrheit für das, was man unter „Verwaltungsreform“ versteht.

Eine Wahlreform

hätte ich nicht für erforderlich. (Beifall in der Mitte.)

Das Wort erhält hierauf Abg. Klian (Rom.), der den Innenminister heftig angreift. Man habe allerdings lange geschwankt, ob man Grzejski oder

Weste zum Nachfolger Seberings nehmen sollte. Es hätte freilich bei Braun nicht Wunder genommen, wenn er den größten Schuft auf den Ministerposten berufen hätte (Der Redner wird zur Ordnung gerufen.)

Abg. Klian (Dm.) erklärt, die Rechte stehe andauernd Agitation an, verlage aber die Bewilligung der Mittel. (Sehr richtig! links.) Die Verwaltung sei zu vereinfachen und zu verbilligen. Die Rechte beansprucht den Schutz der demokratischen Verfassung für die Gegner dieser Verfassung. Das steht auf derselben Linie, wie wenn man Hochverräter eine Pension zahlt.

Abg. Schön (Wirtsch. Wp.) erkennt Sebering große Verdienste zu, meint aber, der ihm ausgesprochene Dank hätte wohl mit mehr Zurückhaltung ausgedrückt werden können. Dem Eingemeindungs-Gesetz müsse die Spitze abgebrochen werden. Man solle große Zielsetzungen beschaffen. (Sehr richtig! links.)

Abg. W. (Wirtsch. Wp.) wendet sich dagegen, daß man angeblich den Nationalsozialisten abgemessene Massen zur Stimulierung im Landtage anstelle. Seine Partei werde ebenfalls das Zentrum Grzejski ebenso wie das seines Vorgängers bekämpfen.

Abg. Sebering (Soz.) führt aus, seit 7 Jahren beschäftige sich die preussische Regierung mit dem Problem der Verwaltungsreform. Heute liegen die Dinge so, daß man sich fragen muß, ob man diese Fragen jetzt

den Beratungen der Genfer Abrüstungskonferenz beizufügen sei. Es ist in der ersten Rede Dr. Sebermanns klipp und klar zum Ausdruck gebracht worden: Deutschland, welches das Bestreben hat, mit allen Völkern Europas im Frieden zu leben, wünscht nicht, in einen etwa entstehenden ernsthaften Konflikt zwischen Jugoslawien und Italien hineingezogen zu werden, weder als Vermittler noch als Schlichter. Sollte Deutschland aufgefordert werden, in eine Untersuchungskommission als neutrale und uninteressierte Macht einzutreten, so würde es, ohne die Ehre einer solchen Einladung gering- oder zu unterschätzen, einfach zu prüfen haben, ob es sie annehmen kann, ohne befürchten zu müssen, daß seine guten Absichten mißverstanden werden.

Die britische Regierung hat jetzt den Mächten den Vorschlag gemacht, die Untersuchung durch einen größeren Ausschuss, an dem auch andere Staaten beteiligt sind, vorzunehmen zu lassen. Ueber diesen neuen Vorschlag wird gegenwärtig zwischen den europäischen Kabinetten verhandelt.

Italien lehnt eine Untersuchung jenseits der albanischen Grenze, wie dies aus Freigegründen von der jugoslawischen Regierung verlangt werde, überhaupt ab. Mussolini soll neue Anweisungen an die Pariser und Londoner Botschaften erteilt haben, die dahin gingen, daß die Untersuchung nur auf jugoslawischem Gebiet geführt werden könne. Gleichzeitig habe Mussolini erneut darauf verwiesen lassen, daß trotz der jugoslawischen Versicherungen der verächtliche Bewegungen von der albanischen Grenze gemeldet würden. Mussolini widerlegt sich auch weiterhin der Ansicht, den Konflikt durch das Zustandekommen eines jugoslawisch-albanischen Uebereinkommens zu lösen, da Italien alleiniger Protektor Albaniens bleiben wolle.

Die Unterredung Briand-Azegana.

Paris, 24. März. Zur gestrigen Unterredung Briands mit dem italienischen Botschafter Baron Azegana erklärt „Journal“: Das Wenigste, was man auf Grund der offiziellen Hinweise sagen könne, sei, daß sich Italien äußerst reserviert verhalte.

weiter verfolgen kann. Erfreulich ist das Zugeständnis des Abg. Baeder, daß der Beamte selbstverständlich treu zur Verfassung stehen muß. Das ist ein bedeutender Fortschritt. (Rufe bei den Deutschnationalen: Das war immer so!) Bei uns wohl, aber nicht bei Ihnen! (Beifall.)

Ich erinnere an Ihre (zu den Deutschnationalen) Erklärungen nach dem Rapp-Putsch. Damals wandten Sie sich dagegen, daß Beamte, die sich auf die Seite Rapps gestellt hätten, entlassen würden. Jetzt will der Dörmann Ausdruck geben, daß es Herrn von Reubell verdammt sein möge, bis zum natürlichen Ende der Reichswehrperiode im Sinne der Erklärung zu wirken, die er abgegeben hat, daß er treu zur Verfassung stehen und die Verfassung sogar fördern wolle. Im Falle Reubell hat sich Reichsfanzler Marx nicht auf politische Ausführungen beschränkt, sondern auch rechtliche Überlegungen einfließen lassen, die mir bezeichnend erscheinen. Nach diesen Ausführungen des Herrn Reichsfanzlers darf nicht verfahren werden. Der Reichsfanzler hat ... (Innenminister Grzejski begibt sich in diesem Augenblick an das Rednerpult und überreicht dem Abg. Sebering einen Brief. Rufe bei den Deutschnationalen: Sind Sie nicht mehr selbstständig, Herr Sebering? Sehen Sie, das ist eine Arbeit!) Auf dem Titel, den der Herr Innenminister überreicht hat, steht nur, der Reichsfanzler hat sich berichtet. Reichsfanzler Marx hat u. a. erklärt, ein Beamter habe in erster Linie zu gehorchen und insbesondere dann zu gehorchen, wenn es sich um die dienstliche Anweisung eines Vorgesetzten handelt. Nun hat der Herr Reichsfanzler insoweit beruhigend erklärt, daß er damit nicht etwa den alten Beamten, die treu zum Staate während des Rapp-Putsches standen, einen Vorwurf machen wolle. Damit hat er aber nichts verbessert. (Mit erhobener Stimme) Meinerseits ist auch dann Meinerseits wenn Sie von einem General ausgeht und hochverraat ist auch dann Hochverrat, wenn der Befehl dazu von einem stellvertretenden Reichspräsidenten ausgeht. (Beifall) (Beifall) Zustimmung links, Rufe bei den Deutschnationalen: Aus wenn es der Staatssekretär Sebering ist! Mein, meine Herren, die Parallele stimmt nicht. Als Staatssekretär Sebering hat die Republik ausgetrieben, hatte der Kaiser abgedankt (Sehr richtig! links, Rufe rechts) und die Beamten waren von ihrer Eidespflicht damit entbunden. (Zurufe rechts: Unwahr!) Im Berliner Volkstempel vom 18. März 1920 zur Liquidierung des Rapp-Putsches, das auch der Herr Abg. Sebering unterschrieben hatte, wurde von der Regierung die Säuberung der Regierungskreise von solchen Beamten kategorisch verlangt, die sich auf die Seite Rapps gestellt hätten. Ich wollte die große Koalition, damit wir Verfassungsreformen durchführen konnten, denn mit einer Stimme Mehrheit kann man ein so großes Werk nicht fördern. Die Deutschnationalen wollten in die Regierung einbezogen werden, aber sie ist draußen geblieben. Von dem Schwur, den die deutschnationalen Minister im Reich gelegt auf die neuen Symbole abgelegt haben, verstreiche er sich vor allem eine politische Besserung der deutschnationalen Verhältnisse und der Verhältnisse in Preußen und dem Reich zurück. Allerdings ist eine Intonierung zwischen dem preussischen Staatsministerium und dem Reichswahlministerium und sie werde bestehen müssen, solange das Reichswahlministerium nicht staatsgefährdende Eigenmächtigkeiten seiner Offiziere unzulässig macht. Die Verfassung der Sozialdemokraten zu einer großen Koalition und zu einer Unterstützung der Regierung der Mitte ist lediglich durch das Verhalten der Deutschnationalen und zu ihrer Unterstützung gelangt. Nach heute seien in der preussischen Regierung die deutschnationalen Beamten in der Mehrheit. Die Qualifikation entscheiden zu lassen. Um alles zu tun, um die eingetretene Konfusionsung nicht zu führen, bitte er auch das Staatsministerium, bei der Beratung des Verfassungsgesetzes den Standpunkt zu vertreten, daß eine Klärung des Konfliktes im gegenwärtigen Augenblick nicht ratsam sei.

Gegen 5 1/2 Uhr wird die Beratung auf Freitag 12 Uhr vertagt.

Reichsratsbeschlüsse.

Berlin, 24. März. Der Reichsrat stimmte am Donnerstag Abend, wonach die Kurzarbeiterlöhne und die Arbeitslöhne für Erwerbstätige bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Arbeitslosenversicherung verlängert werden. Ferner genehmigte der Reichsrat die in einem Ergänzungsbudget beantragte Stellenvermehrung bei den Finanzämtern, wofür ein Betrag von 5 1/2 500 Mark geleistet wird. Der Reichsrat erklärte sich weiterhin mit einer Verordnung einverstanden, wonach die Agrarabgabe, die im deutsch-schwedischen Handelsvertrag vereinbart worden ist, vorläufig allgemein bis zum 31. Juli d. J. verlängert werden

sollen. Preußen hatte dazu beantragt, daß bis zum gleichen Zeitpunkt auch der in der Verordnung vom 30. Juli 1926 für Mehl und Getreide mit Ausnahme von Hafer und Gerste festgesetzte Zoll auf in Geltung bleiben sollte. Dieser Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 36 gegen 32 Stimmen abgelehnt.

Holland lehnt den Scheldevertrag ab.

Haag, 23. März. In der niederländischen ersten Kammer nahm heute der Minister des Äußern, Dr. van Karnebeek, das Wort, um in einer ausführlichen Rede für die Annahme des niederländisch-belgischen Vertrages einzutreten.

Er wandte sich zunächst gegen die von verschiedenen Rednern vertretene Auffassung, daß die Ablehnung des Vertrages so gut wie feststehe. Er führte im einzelnen aus, daß dem sogenannten Scheldedevorbehalt keine große Bedeutung beizumessen sei. Belgien die Hoheitsrechte der Niederlande über die Scheldemündung ausdrücklich anerkannt habe. Bezüglich des Kanals Antwerpen-Meer, der heute er auf Grund eingehender Informationen, die u. a. auch im westfälischen Kohlengebiet eingezogen worden seien, feinerlei Beforgnis, daß dieser Kanal eine ernste Bedrohung der Stellung Rotterdam für den Rheinverkehr sei unanfechtbar. Der Minister warnte vor einer Ablehnung dieses Vertrages mit Rücksicht auf die internationale politische Lage. Holland würde sich dann möglicher Weise einer neuen Periode politischer Verwirrung gegenüber befinden. Er habe die feste Ueberzeugung, daß, wenn der Vertrag angenommen werde, die Geschichte dieses Wert richtigstellen werde.

Haag, 24. März. Der niederländisch-belgische Vertrag wurde von der ersten Kammer in namentlicher Abstimmung mit 33 gegen 17 Stimmen abgelehnt.

Die Demission van Karnebeeks.

Haag, 24. März. Aus Anlaß der Ablehnung des niederländisch-belgischen Vertrages durch die 1. Kammer hat heute nachmittags Außenminister van Karnebeek der Königin seine Demission angeboten.

Die Aufnahme in Belgien.

Brüssel, 24. März. Die Ablehnung des Scheldevertrages durch die holländische erste Kammer hat in amtlichen Kreisen Belgiens lebhaftes Bedauern ausgedrückt. Man beklagt insbesondere, daß die so zustandgekommene Entscheidung zur Folge haben muß, daß die Zukunft eine weitere Entwicklung in der Zusammenarbeit der beiden Länder auf dem Gebiete der internationalen Politik und insbesondere im Rahmen des Völkerbundes unmöglich gemacht wird. Die öffentliche Meinung Belgiens ist einmütig in dem Entschluß, die legitimen Forderungen Belgiens in ihrem ganzen Umfang weiter aufrecht zu erhalten, handelt es sich doch um Lebensfragen, von denen das wirtschaftliche Gedeihen des Landes abhängt.

Nanking von den Kantontruppen erobert.

London, 24. März. Wie aus Schanghai gemeldet wird, haben die Kantontruppen Nanking und Chintiang erobert. Der Generalstreik in Schanghai ist heute abgeblasen worden.

Die Plünderung von Nanking.

London, 24. März. Nach einer verspätet eingetroffenen Neumeldung aus Schanghai über die Vorgänge in Nanking haben unzulässige Kantontruppen Nanking geplündert, wobei auch das britische Konsulat ausgenommen wurde. Das amerikanische Konsulat wurde von dem Personal geräumt, das sich auf einen Hügel flüchtete, wo sich sämtliche Ausländer zusammengefaßt haben. (Auf diese Vorgänge bezieht sich das Eingreifen englischer und amerikanischer Streitkräfte in Nanking. Die Reaktion.)

Eingreifen amerikanischer und britischer Kriegsschiffe in Nanking.

Schanghai, 24. März. Nach einer Radiomeldung aus Nanking wurde der Hügel, auf dem sich die Ausländer aus Nanking geflüchtet hatten, beschossen. Man glaubt, daß das Feuer von Kantontruppen abgegeben wurde. Der britische Konsul wurde verwundet und ein britischer Arzt getötet. Darauf bombardierten britische und amerikanische Kriegsschiffe das Gelände in der Nähe des Hügel, um den Ausländern die Räumung des Hügel zu ermöglichen. Es wurden ferner zu diesem Zweck auch Marineabteilungen gelandet.

Verhandlungen zwischen Peking und Nanking.

Paris, 24. März. Der Sonderberichterstatter der „Information“ meldet aus Peking: Auf Anregung Chiangschais, der als kommender chinesischer Ministerpräsident angesehen wird, haben die Führer der Nordarmee von Peking eine Abordnung zur Südarmerie entsandt, um einen Waffenstillstand zu schließen und eine Verständigung herbeizuführen.

Amerikanische Verstärkungen für Schanghai.

Manila, 24. März. Drei hier vor Anker liegende amerikanische Zerstörer haben vom Admiral William in Schanghai Befehl erhalten, sofort nach Schanghai zu kommen. Die Schiffe werden heute nacht oder morgen früh den Hafen verlassen.

Deutsches Reich.

Parteilag des Preussischen Zentrums.

Berlin, 24. März. (Eig. Draht.) Wie wir aus gut unterrichteter Quelle erfahren, hat die Landesversammlung des Preussischen Zentrums beschlossen, am 22. Mai d. J. in Berlin einen Parteilag abzuhalten. Nähere Einzelheiten werden noch bekannt gegeben.

Empfänge beim Reichspräsidenten.

Berlin, 24. März. Der Reichspräsident empfing heute den deutschen Botschafter in Rom, Freiherrn von Neurath und den deutschen Gesandten in Sessingfors, Dr. Hauschild.

Dr. Köhler und Dr. Köhler beim Reichspräsidenten.

Berlin, 24. März. Der Reichspräsident empfing heute nachmittag den Reichsfinanzminister Dr. Köhler zum Vortrag über finanzpolitische Fragen, sowie den Reichswahlminister Dr. Köhler.

Brau Katharina v. Oheim scheidet aus der Wirtschaftspartei aus.

Berlin, 24. März. Frau Katharina v. Oheim, die sich kürzlich mit dem Abgeordneten der Reichstagsfraktion Freiherrn von Kardorff verlobt hat, hat heute nach der Verlobung dem Vorstand der Wirtschaftspartei mitgeteilt, daß sie aus dieser Partei, die sie etwa ein Jahr angehört, aussteige. — Ob sie wieder zur Partei ihres zukünftigen Gatten zurückgekehrt wird?

Neue 50-Pfennige Reichsnoten.

Mit. 20. März 60-Pfennige Reichsnoten werden, weil dadurch betrübend erschwert werden, in einem be-

m. Carls-Quelle, erfochten. Norddeutsche Rüstungsgesellschaft die volle Verantwortung über sich. Jedem kann man die Verantwortung nicht wegschreiben, wenn man handelt, der äußersten Verantwortung. So, Keller, Boemgen.

6. Aus dem handlungsplan: folgende Straßensperren: wagenführer von einem Polizeibeamten und verlegt. Der Polizeibeamte da der Kraftfahrzeuge bleiben müssen.

Ein durch den Länder des Preußen teile ohne Bogen Barmbein. — Ein mittellose fahrtsamt wegehell, die ihm ruffenes Schwenker beobachtet, w

anderen Personen. Bevor er zum Schutze. Ein wachte, zog er an, erwidern. Wegen fängnis bestraft. der Anlage des und erwerbslos o mehrere Male w

Kraft. Hierfür nach Straßensperre. — Zwei Mann Zeit die Um „guten Hirt“, anhalt zur Rück des Wädhens, die um die Situation Wädhens den des Inhalts, das anderen Wogen Eindringen der

Unruhe eintrat, pelle laufen, wo Wegen verfuhrer wurde der Bruder bestraft. — De

mangelnde Beneffe los freigesprochen von ihm geführte wo Reparaturen von den dort floger er verfuhrte, für Reichsbahnbedien kommen als ihm

feststellen. — Ein Anklage, in der 2 1/2 jährigen Untersuchung fährliche Unter

sond in das Reich sich bei dem Reich für ein Pferd aus dem Reich in Hem

Pferde hatte erklärung der Sachse Fuhrunternehmer Lastwagen, der po

angehalten wurde, Bremse nicht in einer Dortmunder Dingen in derart

Schleudern kam u und auch die Dad dort die Straße zu

wird die öffentliche gefährdet. Zudem fährer gab nach d

davon. Durch die leidet ein Sitzgehe Weis er nicht so

kürzeste Entfernun bestraft das Ver

a. Postsendung Angabe der Be

teilungen und dam zu vermeiden, ist

deutsch und gem sprechend mit dem

Orien beiselegen ersichtlich ist, ohne

Briefbogen, Briefu in derselben Weise

schreiben oder vord großen Städten

außerdem hinter de postpostamt und

RD usw.) anzure herausgegebene Per

Kraftwagen, Luftu enthält alle Postfor und ist für 240

Postmarken kauflich.

m. Neue 50-Pf Reichsnoten

Mit. 20. März 60-Pfennige Reichsnoten werden, weil dadurch

betäubend erschwert werden, in einem be-

trübend erschwert werden, in einem be-

trübend erschwert werden, in einem be-

trübend erschwert werden, in einem be-

trübend erschwert werden, in einem be-

trübend erschwert werden, in einem be-

trübend erschwert werden, in einem be-

[illegible]